

13. Mai 2012

„Der Geist Gottes wohnt in uns“ (1. Korinther 3.16)

Ein Beitrag zum Dialog in der Katholischen Kirche

„Einen neuen Aufbruch wagen“ – wir verstehen das Motto des 98. Deutschen Katholikentages in Mannheim als Einladung zum Dialog über den weiteren Weg unserer Kirche. Wir – das sind Christinnen und Christen in der katholischen Kirche, die Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen sind, das sind Grüne Politikerinnen und Politiker, die Teil der katholischen Kirche sind.

Unser politisches Engagement ist auch durch unseren Glauben motiviert, insbesondere von unserer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Und wenn wir in der Kirche aktiv sind, blenden wir unsere Überzeugungen, wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ausgestaltet werden sollte, nicht aus. Wir sehen mitten in der Finanzkrise eine Notwendigkeit für einen „Demokratischen Aufbruch in Zeiten der Krise“¹, der u.a. eine Stärkung der Parlamente, ein Zurückdrängen des Lobbyismus und erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger beinhaltet. Politische Gerechtigkeit ist unser Ziel – die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen in unserem Gemeinwesen.

Demokratischer Aufbruch in Zeiten der Krise – so kann auch der Dialogprozess in der Katholischen Kirche beschrieben werden angesichts der Missbrauchsskandale, tausendfacher Kirchengaustritte und der Entfremdung vieler, die zwar offiziell Kirchenmitglieder bleiben, sich aber immer weniger mit der Kirche verbunden fühlen. Sie zeigen, dass es gilt, das Vertrauen in unsere Kirche neu zu begründen. Deshalb werden wir das Wagnis eines neuen Aufbruchs nur zum Erfolg tragen können, wenn auch Fehler, die im Namen der Kirche tiefes Leid verursacht haben, anerkannt und angesprochen werden, wenn konsequent aufgeklärt und ehrlich aufgearbeitet wird.

Beim neuen Aufbruch unserer Kirche kann es aber nicht darum gehen, alles bisher Dagewesene aufzugeben. Genauso wenig kann der richtige Weg im Rückzug, in der Entweltlichung der Kirche bestehen, wie es Papst Benedikt empfiehlt. Alles, was wir in unserer Kirche an Reformnotwendigkeiten diskutieren, muss sich letztlich daran messen lassen, ob es uns als Gemeinschaft der Gläubigen zum Ursprung unseres Glaubens führt – zu Jesus Christus. Ein neuer Aufbruch in der Kirche kann nie Selbstzweck sein, nie politisches Unterfangen oder Marketingstrategie. Es muss immer ein Aufbruch zu Jesus Christus sein, der sich auf seine Botschaft vom Reich Gottes gründet, welches heute schon sichtbar wird, aber nur durch ihn vollendet werden kann.

Gerade als Politikerinnen und Politiker wissen wir, dass Politik nicht Erlösung im Hier und Jetzt liefern kann – und Kirche nicht politischer Akteur, sondern Gemeinschaft von Glaubenden ist. Aber gerade deshalb haben wir große Hoffnung, dass der begonnene Dialog unsere Kirche stärkt.

Die folgenden Gedanken speisen sich aus unserer langen Beschäftigung mit kirchlichen Themen und unserem Engagement in kirchlichen Gremien. Unsere Anregungen wollen wir vor dem Hintergrund unserer Grünen Erfahrungen und Werte als kirchenpolitische Aussagen verstanden wissen – als Aussagen von Christinnen und Christen, die in tiefer und ernster Sorge um den Zustand und die Zukunftsfähigkeit ihrer Kirche danach fragen, wo neue Aufbrüche nötig sind, wo alte Verkrustungen gelöst und Erneuerungen gewagt werden müssen.

¹ Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel vom November 2011

Wir halten einen neuen Aufbruch unserer Kirche für nötig...

...im Verhältnis von kirchlicher Hierarchie und Gläubigen

Was mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil so hoffnungsvoll begonnen hat – die Öffnung der Kirche zur Welt, die Verheutigung der christlichen Botschaft – hatte nicht lange Bestand. Den Errungenschaften des modernen Staates, vor allem der Meinungsfreiheit und dem Gleichheitspostulat, steht die Kirche im eigenen Innenleben heute distanziert bis ablehnend gegenüber. Viele Gläubige empfinden das Verhalten der Kirchenleitung als Bevormundung und nicht als Ausdruck der befreienden und gütigen Botschaft Christi. Die Freiheit der Gläubigen ernst zu nehmen bedeutet auch, dass die Kirche nicht über die richtet, die dem Ideal des kirchlichen Lebens nicht entsprechen. Die reine Lehre darf nicht wichtiger sein als die konkrete Fürsorge und Barmherzigkeit. Die Kirche kann nicht glaubwürdig die Barmherzigkeit Gottes verkünden, wenn sie z.B. wiederverheiratete Geschiedene lebenslänglich von der Eucharistie ausschließt.

Ein Beispiel für die Missachtung der Laien ist die de facto Blockade des Katholikentags durch manche Bischöfe, die Ausdruck einer mangelnden Akzeptanz des Zentralkomitees der deutschen Katholiken insgesamt ist. Das darin zum Ausdruck kommende Verständnis, nachdem Kirche nur dann und dort stattfindet, wo das Miteinander der Gläubigen von Klerikern organisiert wird, ist grundfalsch und theologisch nicht zu rechtfertigen.

...im Verhältnis von Staat und Kirche

Katholikinnen und Katholiken werden in den nächsten Jahrzehnten mehr und mehr zu einer Minderheit werden, die nur noch in wenigen Landstrichen prägende Wirkung für das gesellschaftliche Leben haben kann. Deshalb liegt es in unserem eigenen Interesse als Glaubende, das Verhältnis von Staat und Kirche neu zu definieren.

Ist es sinnvoll zuzuschauen, dass viele Menschen wegen der Kirchensteuer aus unserer Kirche austreten? Wir meinen, es ist auch aus der Perspektive unserer Kirche richtig, einen Reformweg zu beschreiten, der sich am italienischen Vorbild einer „Kulturabgabe“ orientiert, welche alle Menschen an eine gemeinnützige Institution ihrer Wahl entrichten. Dies stärkt die Position der Kirche mehr als Debatten über die kircheninternen Konsequenzen der Verweigerung von Kirchensteuerzahlung.

Wir halten es aber für richtig, dass die Kirchensteuer – egal in welcher Ausgestaltung – über staatliche Institutionen eingezogen werden kann. Dies vermindert bei allen Beteiligten Verwaltungskosten. Richtig bleibt auch, dass die Kirchensteuer wie Spenden an gemeinnützige Organisationen steuermindernd wirkt.

Richtig ist auch, dass der Staat die Kirchen finanziell unterstützt. Die Staatsleistungen sollen dem Grundgesetz zufolge abgelöst werden. Dafür sollte im Dialog zwischen Staat und Kirche ein Verfahren diskutiert werden, dass zum einen dem Verfassungsauftrag gerecht wird, zugleich jedoch eine dauerhafte Präsenz der Kirchen in unserer Gesellschaft sicherstellt. Bestmögliche Transparenz ist dabei dringend erforderlich.

Wir halten die Beteiligung der Kirchen an öffentlichen Institutionen wie Rundfunkräten für wichtig und wertvoll, um den Stimmen des Glaubens Mitwirkung zu gestatten. In gleichem Maße aber muss dies für andere Religionsgemeinschaften gelten.

...in der Seelsorge und im Gemeindeleben

Die Zahl der Priesterweihen hat in Deutschland einen historisch einmaligen Tiefstand erreicht. Die daraus resultierenden Folgen für die Gemeinden führen schon jetzt zu einem Rückgang des Gottesdienst-Angebots und der Vergrößerung, Zusammenlegung und Auflösung mitunter jahrhundertealter Pfarreien. Jedoch geschieht dies zu Lasten des Glaubens. Die berechtigten Wünsche der Gemeindemitglieder nach seelsorgerlicher Betreuung und persönlicher Nähe zum Priester werden ignoriert. Deshalb müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, wie wir dem Priesterangel begegnen können. Der bereits offen vorgebrachte Gedanke, bewährte verheiratete Männer (*virī probati*) zur Priesterweihe zuzulassen, erscheint uns dabei sinnvoll, naheliegend und vergleichsweise einfach umzusetzen. Dabei geht es nicht um eine Rebellion gegen kirchliche Lehren, sondern um eine Möglichkeit, den Kern unseres Glaubens, die Feier der heiligen Eucharistie, für den Großteil der Gläubigen unter annehmbaren Bedingungen sicherzustellen.

Wir erachten es zudem als falsches Zeichen, die Tridentinische Messe unter vereinfachten Bedingungen wieder zuzulassen. Die Feier der Eucharistie in der jeweiligen Landessprache hat sich etabliert und sollte unter den Bedingungen der liturgischen Authentizität weiterentwickelt werden, so dass die Erfahrungen und Ausdrucksformen der Gegenwart Raum finden können.

Freiheit im Glauben bedeutet für uns auch, den Gemeinden eine größere Autonomie zuzugestehen, auch hinsichtlich der Mitwirkung bei der Berufung von Pfarrern und weiteren hauptamtlich Tätigen. Synodale Elemente können die Kirche stärken, weil die Gläubigen so erfahren, dass sie als Glieder des einen Leibes Christi und als Teilhabende am „gemeinsamen Priestertum aller Gläubigen“ (II. Vatikanisches Konzil, *Lumen Gentium*) an der Aufrichtung des Reiches Gottes tätig mitwirken können. Wer in Familie, Beruf und Gesellschaft selbstverständlich Verantwortung übernimmt, möchte das auch in der Kirche tun. Es ist deshalb richtig, die Rolle von demokratisch gewählten Gemeinderäten und Diözesanräten zu stärken, statt sie wie in Regensburg abzuschaffen.

...in der karitativen Arbeit

Unsere Gesellschaft ist hohen Spannungen ausgesetzt. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wächst seit Langem unaufhörlich. Wir erleben täglich, wie schwach die Stimme derjenigen ist, die sich für Arme, Ausgestoßene, wie Flüchtlinge und Mittellose einsetzen. Wo, wenn nicht hier, ist die laute und mutige Stimme unserer Kirche gefragt, die Rechte derjenigen einzufordern, die nicht für sich sprechen können oder wollen. „Deus Caritas est“ – so war die erste Enzyklika von Papst Benedikt XVI. vom 25.09.2005 überschrieben: Gott ist die Liebe. Die Caritas, die tätige Nächstenliebe, ist ein Grundelement des Glaubens. Dies muss wieder deutlich und öffentlich sichtbar gemacht werden. Nächstenliebe beginnt bei der menschenwürdigen Entlohnung der kirchlich Beschäftigten. Und sie endet noch lange nicht beim Einsatz für Kranke und Schwache.

...für Frauen und Männer

Die Frauenbewegung war eine der Wurzeln, aus denen die Grüne Partei hervorgegangen ist. Wir sind stolz darauf, dass wir die Diskriminierung von Frauen massiv zurückdrängen konnten. Wir wissen, dass es allen gut tut, wenn es keine reinen Frauen- und keine reinen Männerdomänen gibt. Die Katholische Kirche bleibt hier jedoch weit hinter dem gesellschaftlichen Konsens zurück. Der Zustand unserer Kirche in Sachen Gleichberechtigung von Mann und Frau ist inakzeptabel. Ein Aufbruch in diese Richtung ist aber nicht aus politischen, sondern theologischen Gründen zwingend: Frauen wie

Männer werden bei ihrer Taufe mit dem Chrisam gesalbt als Zeichen dafür, dass beide gleichermaßen teilhaben an der Königswürde Christi. Damit widerspricht die tagtägliche Diskriminierung von Frauen dem Kern der Botschaft des Evangeliums, allen (von männlichen Theologen) vorgebrachten Argumenten zum Trotz.

Deshalb ist eine Aufwertung der Arbeit von Frauen in der Kirche unumgänglich. Ohne das oftmals ehrenamtliche Engagement von Frauen würde die gemeindliche Arbeit vor Ort bald zusammenbrechen. Umso unverständlicher erscheint es uns und vielen Gläubigen, dass Frauen in der Kirche kein Amt übernehmen können. Als ersten Schritt halten wir es deshalb für dringend angebracht, Frauen den Zugang zum Diakonat zu eröffnen. Weitere Schritte auf diesem Weg können und sollten beizeiten gegangen werden, so das Priesteramt für Frauen.

Die Missbrauchsskandale der letzten Jahre haben darüber hinaus gezeigt, dass wir eine offene und aufrichtige Diskussion darüber brauchen, ob die kirchliche Hierarchie durch die Tabuisierung von Sexualität einem Klima Vorschub leistet, das solche Verbrechen straflos möglich machte. Denn entgegen der Behauptung des Papstes liegen die Ursachen nicht in der scheinbar liberalen Beliebigkeit der nicht-katholischen Gesellschaft, sondern in unserer Kirche selbst.

Besonders auffällig ist die Doppelmoral beim Umgang mit Homosexualität. Unsere Kirche sollte sich für Toleranz und Gleichberechtigung in der Gesellschaft einsetzen und das in der Kirche selbst vorleben. Und wir sollten alle Mitglieder unserer Kirche ermutigen zu einem ehrlichen Umgang mit sich selbst und ihrer Sexualität. Wir sollten die Glaubenserfahrung von Lesben, Schwulen und Transgendern als Bereicherung für die Gemeinden begreifen und zielgruppenspezifische pastorale Angebote machen.

...im Verhältnis zur Theologie

Die universitär betriebene Theologie war und ist ein kritisches wenn auch gelegentlich unbequemes Korrektiv, das in unserer Kirche oftmals ungeliebt blieb und bleibt. Besonders das Aufkommen der historisch-kritischen Bibelforschung wurde über lange Zeit ignoriert, wenn nicht gar bekämpft. Dies spricht nicht dafür, dass die Kirche von ihrer eigenen Botschaft überzeugt ist. Vielmehr muss sie sich heute den Vorwurf gefallen lassen, aus Machtinteressen heraus wissenschaftliche Erkenntnisse unterdrücken zu wollen.

Eine wichtige Aufgabe der Theologie ist es, sich mit den Erkenntnissen der anderen Wissenschaften auseinanderzusetzen und daraus Anfragen an Glauben und Kirche, aber auch an die Gesellschaft und moderne Lebensvollzüge zu formulieren. Dafür ist die Präsenz der Theologie als Wissenschaft an der Universität von großem Vorteil. Ein Rückzug der Kirche in Selbstgenügsamkeit und Abschottung von der Welt ist keine Option. Sie widerspricht dem Auftrag Christi „Gehet hin in alle Welt und verkündet das Evangelium!“ So sieht es auch das 2.Vatikanische Konzil in der Konstitution „Kirche in der Welt von heute“.

...im Umgang mit Geld und Vermögen

Im staatlichen Bereich fordern wir Grüne Transparenz im Umgang mit (Steuer-)Geld. Und wir setzen uns dafür ein, dass der Staat im Umgang mit seinem Geld die christliche Botschaft erkennen lässt. Denn Eigentum verpflichtet – auch die Kirchen. Wir fordern deshalb von den kirchlichen Institutionen eine systematische Ausrichtung an ökologisch-sozialen und vor allem ethischen Kriterien bei der

Geldanlage. Man kann nicht glaubwürdig die Auswüchse eines zügellosen Kapitalismus kritisieren und sich selbst durch dubiose Bankgeschäfte bereichern.

Transparenz bezüglich des kirchlichen Vermögens bedeutet für uns, dass die Gläubigen nachvollziehen können, was im Kirchenbesitz ist und wie damit umgegangen wird. Schwarze Kassen sind in Konzernen falsch – und sie sind in der Kirche doppelt falsch. Denn gerade wir Christen sollten beim Umgang mit Geld und Vermögen vorbildlich sein.

...in der Ökumene und im interreligiösen Dialog

Wir erleben, wie die Krise des Glaubens und der Institution Kirche auch das ökumenische Gespräch belastet. In dem berechtigten Anliegen, im allgegenwärtigen Strom der Meinungen und Behauptungen das eigene Profil schärfer sichtbar werden zu lassen, dürfen nicht ökumenische Errungenschaften, die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil erkämpft wurden, zunichte gemacht werden, indem allen anderen Kirchen der Charakter abgesprochen wird, Kirche im Vollsinn des Wortes zu sein. Wir brauchen den ökumenischen Dialog, vor allem mit der evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Kirchen sind in einer ähnlichen Situation, beide können voneinander lernen und sind darauf angewiesen, miteinander in Nachbarschaft zu leben. Dazu gehört auch ein neues Nachdenken über theologische Annäherungen. Das, was uns trennt, ist viel weniger bedeutsam als all die Dinge, die uns einen. Es kann nicht das Ziel sein, auf Kosten der anderen die eigenen Vorzüge anzupreisen, sondern gemeinsam die großen Aufgaben und Herausforderungen angehen, die vor uns liegen: Die tiefgreifende Veränderung der religiösen Landschaft Deutschlands und der massive Mentalitätswandel der Deutschen müssen im Lichte des Evangeliums gedeutet werden. Ein starker, engagiert geführter ökumenischer Dialog mit offenem Ausgang kann vielleicht Antworten auf die gegenwärtige Krise aufzeigen, die bisher niemand für möglich gehalten hat.

Auch der interreligiöse Dialog benötigt neue Impulse. Mittlerweile leben ca. vier Millionen Muslime in Deutschland. Damit ist der Islam zur zweitgrößten Religion in Deutschland geworden. Mit den Muslimen teilen wir den Glauben an den einen Gott. Von dieser Gemeinsamkeit ausgehend, müssen wir theologisch und spirituell nach weiteren Anknüpfungspunkten suchen. Dies gilt es interreligiös für die Zukunft des Glaubens in Deutschland und Europa fruchtbar zu machen.

...für die Zukunft der Kirche

Das Zweite Vatikanische Konzil nennt die Kirche eine „ecclesia semper reformanda“. Es ist das Wesen der Kirche, ständig Veränderungen unterworfen zu sein. Doch im Strom der Zeit hat die Kirche eine unverbrüchliche Basis: Das Evangelium Jesu Christi, an dem sich alles Nachdenken über Altes und Neues bewähren muss. Warum sind wir so zaghaft, im Vertrauen auf Gott die uns gestellten Herausforderungen offensiv anzugehen? Wir können doch nur gewinnen, wenn Paulus uns voller Zuversicht entgegen ruft: „Wisst ihr nicht, dass ihr Gottes Tempel seid und der Geist Gottes in euch wohnt?“ (1. Kor 3, 16)

Gerhard Schick MdB (Mannheim), Josef Winkler MdB (Koblenz, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken), Agnieszka Brugger MdB (Ravensburg), Raymond Fojkar (Stadtrat Mannheim), Ulrike Gote MdL (Bayreuth), Bettina Jarasch (Landesvorsitzende Berlin), Benedikt Lux MdA (Berlin), Christa Nickels (Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken), Gabriele Thirion-Brenneisen (Fraktionsvorsitzende Mannheim).